

Stadt Hilden

## Niederschrift

über die 6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, 03.03.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

### Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

### stellv. Vorsitzende

Frau Sabine Kittel CDU

### Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Christian Schimang	CDU	
Herr Tristan Zeitter	CDU	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Luca Gerbl	FDP	Vertreter für Herrn Hoppe

### Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Anne Krüger-Harms	AWO
Frau Ute Lipke	SKFM
Herr Bodo Seume	FZG Behinderte und Nichtbehinderte Hilden e.V.

### Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Ilias Kenssi	Jugendparlament	
Herr Michael Hirsch-Herda	Jugendamtselternbeirat	Vertreter für Frau Schüler
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langenfeld	
Frau Sabine Klein-Mach	Marie-Colinet-Sekundarschule Hilden	
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden	Vertreter für Frau Richarz
Herr Ulrich Siedentop	BÜRGERAKTION	
Herr Marco Martins Pereira	Vertreter Integrationsrat	hat die Veranstaltung um 18:30 Uhr verlassen

### Gäste

An Silke Baur-Krey	ZAG - Bildung <sup>3</sup>
Yanis Kenssi	Jugendparlament

### Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Ulrich Brakemeier	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden
Herr Andreas Kante	Stadt Hilden
Frau Andrea Märten	Stadt Hilden

Frau Andrea Nowak  
Herr Dirk Schatte  
Frau Anja Voß  
Frau Stefanie Walder

Stadt Hilden  
Stadt Hilden  
Stadt Hilden  
Stadt Hilden

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Freiwilliger Zuschuss Trägeranteil KiBiz - Johanniter Unfallhilfe e.V. - Kita "Tucherweg", Hilden  
**WP 20-25 SV 51/109**
- 3 Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von 1 bis 3 Jahren - "Griffbereit"  
**WP 20-25 SV 51/115**
- 4 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2022 ff  
**WP 20-25 SV 51/117**
- 5 Außerschulischer Lernort zur Reintegration schulverdrossener Schülerinnen und Schüler  
**WP 20-25 SV 51/120**
- 6 Bericht des Trägers B<sup>3</sup> zum Projekt ZAG- Zukunft aktiv gestalten  
**WP 20-25 SV 51/126**
- 7 Aufgaben- und Anforderungsprofile der Leistungen der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V.  
**WP 20-25 SV 51/122**
- 8 SGB VIII - Reform - Gesetzliche Änderungen  
**WP 20-25 SV 51/123**
- 9 HzE-Report und Controllingbericht  
**WP 20-25 SV 51/124**
- 10 Organisationsprozess Dezernat III Soziales, Jugend, Kultur  
**WP 20-25 SV 51/125**
- 11 Antrag der CDU Fraktion im Jugendhilfeausschuss am 10.12.2021 bezüglich PCR Pooltestung in Kindertagesstätten  
**WP 20-25 SV 51/118**
- 12 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 13 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

## Eröffnung der Sitzung

---

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Der Vorsitzende, Herr Wannhof, machte auf die aktuelle politische Situation aufmerksam und rief zur Schweigeminute auf.

---

## Änderungen zur Tagesordnung

---

Der Vorsitzende, Herr Wannhof, stellte die Frage zu Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Rm/Frau Kittel, CDU, bat um das Absetzen des Tagesordnungspunktes 7, Aufgaben- und Anforderungsprofile der Leistungen der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V., und begründet dies kurz.

Der Vorschlag wurde einstimmig beschlossen und der Tagesordnungspunkt 7 vertagt.

Weiter erklärte Herr Wannhof, dass der Tagesordnungspunkt 12, Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen, teilweise vorgezogen werde.

Teil 1. Der aktuelle Jugendparlamentsvertreter Ilias Kenssi befände sich in Abiturvorbereitungen und stellv. werde sein Bruder Yanis Kenssi kurz die Mitteilung verlesen.

Teil 2. Herr Siedentop/Bürgeraktion wollte wissen, was die Stadt Hilden für die angekündigten Kinder aus der Ukraine geplant, bzw. vorbereitet habe.

Das Wortprotokoll weiter unter Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen.

---

## Einwohnerfragestunde

---

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

---

### 1 Befangenheitserklärungen

---

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

---

### 2 Freiwilliger Zuschuss Trägeranteil KiBiz - Johanniter Unfallhilfe e.V. - Kita "Tucherweg", Hilden WP 20-25 SV 51/109

---

Frau Krüger-Harms von der AWO hielt fest, dass die Entscheidung, so wie es auch von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, zur Vereinheitlichung und Überarbeitung anzustreben sei und nicht nur auf Haushaltskonsolidierung zu begründen sei.

Herr Dezernent Eichner begrüßte die positiven Rückmeldungen aus dem Ausschuss. Leider ginge es nie ohne Kompromisse.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, dass der Träger Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. für die Johanniter Kindertageseinrichtung auf der Grundlage des Kindergartenjahres 2022/2023 ab 01.08.2022 einen freiwilligen Betriebskostenzuschuss zur Über-

nahme des Trägeranteils gemäß § 36 Jugendamtszuschuss und Trägeranteil Absatz 2, Nr. 2 des Gesetzes zur frühen Förderung und Bildung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) in der aktuell gültigen Fassung erhält.

Der Zuschuss wird reduziert um die fiktive Erbpacht für das Grundstück Flur 48, Flurstücke 1957+1959 in Höhe von abgerundet 7.030 €. Die Kürzung erfolgt dynamisiert gemäß der jährlichen Fortschreibungsrate § 37 Kibiz- Anpassung der Finanzierung.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt eine Arbeitsgruppe bestehend aus Trägervertretern und Verwaltung zu gründen, mit dem Ziel, städtische Richtlinien für die Gewährung von freiwilligen Betriebskostenzuschüssen zur Übernahmen von Trägeranteilen zu erarbeiten und bestehende Regelungen möglichst zu vereinheitlichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

3 Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von WP 20-25 SV 51/115  
1 bis 3 Jahren - "Griffbereit"

---

Rm/Kittel, CDU begrüßte das Projekt weiterhin.

Sie wollte wissen, ob Fördermittel auch aus dem Integrationsbereich abgefragt wurden. Es sei keine Drittmittelfinanzierung in der Sitzungsvorlage zu finden. Da sie im Integrationsrat sitze, könne sie berichten, die Mittel seien nicht ausgeschöpft.

Eine weitere Frage von Herrn Siedentop/BÜRGERAKTION an die Verwaltung: „Aus welchem Grund wurden die Fachkräfte des Angebotes halbiert? Wäre es nicht besser, eine höhere Personalausstattung zu haben?“

Frau Funke/Verwaltung erklärte, dass es bei der Einführung von neuen Gruppen in der Vergangenheit eine Anschubfinanzierung gegeben habe, die nun aber nicht mehr möglich sei. Die städt. Mittel vom Integrationsbüro von Herrn Wobisch wurden jedoch nicht abgefragt, dies werde man aber nachholen und ggf. in Anspruch nehmen.

Auf die Frage von Herrn Siedentop/BÜRGERAKTION, teilte Frau Funke mit, dass der Träger dieses Personal ausbilden müsse, um überhaupt diese Maßnahme zu unterstützen. Die Erfahrung hätte gezeigt, dass mit dem vorhandenen Personal die Maßnahme gut durchgeführt und damit sicher auch drei Gruppen finanziert werden könnten. Mehr Personal würde auch zu einer Kostensteigerung führen.-

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wollte wissen, ob die Familien in ihrer Muttersprache angeschrieben werden?

Frau Funke/Verwaltung teilte dazu mit, dass Anfragen / Rückfragen persönlich mit einer ausführlichen Beratung über den Inhalt des Förderprogramms erfolge. Eltern mit Verständigungsschwierigkeiten kommen entweder auf die Verwaltung zu oder erkundigen sich beim DRK. Die Verwaltung prüfe die Möglichkeit, über das Angebot in einer muttersprachlichen Kurzfassung zu informieren.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sehe die Sprachförderung auch als "Frühe Hilfe", eben ein niederschwelliges Angebot und regte an, das Angebot auszuweiten. Es sollte möglichst keine interessierte Familie abgewiesen werden.

Frau Funke/Verwaltung werde dies gerne mit dem Anbieter klären. Vermutlich bestehen Kapazitätsgrenzen, wie z. B. Räumlichkeiten müssten vorhanden sein, um Gruppen aufzustocken. Mehr Gruppen werden in jedem Fall auch mehr Kosten verursachen, deren Mittel bereitgestellt werden müssten.-

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Fortführung des Angebotes "Sprachförderung für Kinder im Alter von 1 – 3 Jahren" durch das DRK-Familienbildungswerk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wollte gerne wissen, wie die Planung um die Beethovenstraße aussehe.

Herr Dezernent Eichner konnte über keine Entwicklung zur Planung Beethovenstraße berichten. Betonte aber die derzeitigen Entwicklungen zu den Schulstandorten sowie Personalressourcen. Ein Zusammenschluss von Kitabedarken und Aus- und Umbau von Schulraum unter dem Aspekt der Betreuungssituation, sollte man als positiv bewerten. Das Anliegen werde auch an Dez. IV herangetragen, um in weitere Planungen gehen zu können.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, beanstandete bei der fehlenden Planung könne man nicht von Gewissheit sprechen, 23/24 Kitaplätze anzubieten.

Frau Funke/Verwaltung erklärte, dass weiterhin davon ausgegangen werde, dass 23/24 fünf neue Gruppen am Holterhöfchen zur Verfügung stehen werden.

Frau Walder/Verwaltung ergänzte, auf Seite 18 werde die Planung 25/26 zum Ausbau Beethovenstraße dargestellt, zunächst spräche man von der Kita „Am Holterhöfchen“. Beethovenstraße sei zunächst zurückgestellt worden.

Herr Brakemeier/Verwaltung erklärte hier, man habe bereits im Jahr 2018 den gesamten Bauplanungsbedarf des Fachbereiches 51 in den Verwaltungsvorstand kommuniziert. Dazu gehöre auch Holterhöfchen und Beethovenstraße. Der Baubereich hat daraufhin zurückgemeldet, dass aus unterschiedlichen Gründen zeitliche Verzögerungen wahrscheinlich sein werden. Das Fachamt 51 sei bei der Terminierung von Bauvorhaben am kürzeren Hebel für die Umsetzungen.

Rm/Kittel, CDU, wollte von Herrn Eichner wissen, wie es zu einer solchen Verzögerung kommen konnte und wer dafür verantwortlich sei.

Herr Dezernent Eichner erklärte, dass man aus dem Fachbereich frühzeitig in Überlegungen gegangen sei, wo man weitere Kitastätten hätte entstehen lassen können. An den Verwaltungsvorstand sei man herangetreten, mit der Aussicht private Investoren heranzuziehen, doch leider wurde dies aus Kostengründen haushaltstechnisch abgelehnt.

Danach sei man in die Überlegungen gegangen, wo und wie man eigene städtische Grundstücke zur Nutzung umwidmen könne. Der Fokus stand schnell auf dem Aus- und Umbau „Am Holterhöfchen“.

Man sei im regen Austausch mit dem Dezernat IV, hier gäbe es eine große Unterstützung, jedoch gäbe es zurzeit viele Baumaßnahmen und diese ließen sich nicht so schnell abarbeiten. Im Herbst 2022 werde der Abriss „Am Holterhöfchen“ beginnen.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wollte wissen, was man sich unter kostenneutraler Besetzung der 10 Poolstellen vorzustellen habe.

Frau Walder/Verwaltung erklärte, das Personalamt hat dies vorangebracht aufgrund einer Berechnung, wie viel planbare Stellen benötigt werden. Diese Stellen setzten sich aus Anteilen für temporäre Stellenvakanzen innerhalb des Planstellentableaus zusammen, wie z. B. Schwangerschafts-

vertretungen oder Stundenverkürzungen. Der benötigte Stellenanteil werde immer wieder durch das Personalamt korrigiert. Hier entstehe ein Mehrgewinn an unbefristeten Stellen, die auch attraktiver für den Bewerber seien.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, stellte sich die Poolstellen anders vor. Nicht erst der Bedarf und dann die Einstellung von Personal.

Frau Walder/Verwaltung ergänzt dazu, dass man zwei Springerstellen zur Verfügung habe, um kurzfristige Vakanzen auszugleichen. Die kostenneutrale Berechnung der Poolstellen gehe auf den zugehörigen Ratsbeschluss zurück und werde vom Fachamt in der vorgegebenen Weise umgesetzt.

Jugendamtselfternbeirat Herr Hirsch-Herda beanstandete, dass die Bedarfsplanung aus 2018 für eine Waldgruppe bis jetzt immer noch nicht funktional sei.

Frau Walder/Verwaltung erklärte dazu, dass es hier um Stellenbesetzungen ginge, die der Fachmarkt für Erzieher in den vergangenen Monaten nicht hergegeben habe. Es habe Dauerausschreibungen gegeben, jedoch habe es hierauf nicht genügend Bewerber\*innen gegeben. Eine Nachfrage von Herrn Hirsch-Herda war, wie man eine Stelle für einen Erzieher\*innen attraktiver gestalten könne.

Frau Walder/Verwaltung erklärte dazu, man gehe in die Personalgewinnung mit einer intensiven Ansprache und Betreuung von Interessent\*innen. Grundsätzlich sollen attraktive Rahmenbedingungen wie z.B. gute Konzepte, Fortbildungsmöglichkeiten und Supervision für Leitungen dafür sorgen, Personal langfristig an die Stadt zu binden. Auch stünden insgesamt 11 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das Auswahlverfahren für die in diesem Jahr abschließenden Auszubildenden laufe zurzeit, eine Übernahme werde von allen gewünscht. Sie erfahre zurzeit generell keine hohe Fluktuation bei den festangestellten Kräften. Das stimme sie zuversichtlich für die laufenden Stellenbesetzungsverfahren. In Hinblick auf die Bezahlung sei man jedoch an den TVöD gebunden.

Herr Vorsitzender Wannhof gab den Hinweis, dass aktuell Tarifverhandlungen zwischen den kommunalen Arbeitgebern und der Gewerkschaft, speziell für den Sozial- und Erziehungsdienst, stattfänden.

Rm/Kittel, CDU, wollte wissen, ob die Stadt Hilden eine Altersversorgung erst ab 5 Jahre anbiete. Sie wisse, dass andere Städte dies ab sofort anbieten würden.

Herr Dezernent Eichner werde diese Frage zur Beantwortung und Anregung mitnehmen.

Jugendamtselfternbeirat Herr Hirsch-Herda bemängelte die jetzige Situation der großen Ausfälle in den Kindertagestätten und die damit verbundene 2-Klassen-Situation.

Frau Walder/Verwaltung betonte, dass sie die beschriebenen zwei Klassen nicht sehe. Es müsse in ihren Augen unterschieden werden zwischen Stellenvakanzen und temporären Personalausfällen in den Kitas. Mit der Devise des Landes NRW, eine Betreuung in den Kitas trotz Corona sicherzustellen, komme es früher oder später zu deutlichen Erkrankungswellen. Einschränkungen der Betreuungszeit bis hin zu Gruppenschließungen ließen sich dann nicht mehr verhindern, da das Kita-Betreuungssystem am Rande seiner Möglichkeiten angelangt sei. Hier würden mehr Stellen nur bedingt nützen, eine Refinanzierung wäre außerdem auf Dauer nicht gewährleistet.

Herr Siedentop/BÜRGERAKTION wollte gerne wissen, was könne die Politik tun, um ein Bauvorhaben wie das am Holterhöpfchen voranzutreiben und ggf. andere Bauprojekte zurückgestellt werden.

Herr Dezernent Eichner erklärte, dass nur die Politik mit einer Mehrheit die Entwicklung beeinflussen könne. Die Politik könne den Haushaltsplan sowie den Stellenplan aufstocken. Nicht planbare Ereignisse seien maßgeblich für Verzögerungen verantwortlich. Eine Machbarkeitsstudie wäre hilfreich.

Herr Brakemeier von der Verwaltung erklärte, es sei eine Frage der Priorisierung, wo solle die Reise hinführen. Wo seien die prioritären Ziele der Stadt Hilden, diese politische Diskussion müsse geführt werden. Das Leitbild, kein Kind, kein Jugendlicher dürfe verloren gehen, sei eine solitäre Festlegung des Amtes für Jugend, Schule und Sport, aber nicht immer unbedingt der anderen Fachämter. Sicherlich wäre hier eine Synchronisierung notwendig.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden nimmt die aktuelle Versorgungssituation für Kinder im Alter von null Jahre bis zum Eintritt der Schulpflicht zur Kenntnis und beschließt die konkrete Planung entsprechend 2.1 der Erläuterungen für das Kindergartenjahr 2022/2023 ff.

Die Verwaltung wird ermächtigt, Veränderungen aufgrund geänderter Bedarfe nach der Beschlussfassung im Rahmen der Mittelanmeldung nach dem KiBiz zu berücksichtigen.

Die Jugendhilfeplanung nach dem KiBiz ist der **Anlage 3** und der **Anlage 4** zu entnehmen.

Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung, abweichende Einzelfallregelungen im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zu den zweckgebundenen Betreuungsplätzen wie in **Anlage 5** dargestellt zu treffen.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Außerschulischer Lernort zur Reintegration schulverdrüssener Schülerinnen und Schüler

WP 20-25 SV 51/120

---

Rm/Kittel, CDU, teilte der Versammlung mit, dass man die Vorlage zustimmend zur Kenntnis nehme.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wollte wissen, ob die Mehrkosten, die in Erkrath entstehen, eingerechnet seien. Der Vergleich zwischen Bildung<sup>3</sup> und Zündstoff sähe sie in einer „Schieflage“.

Herr Schatte von der Verwaltung erklärte, die Kalkulationen seien in der Tat nicht unmittelbar vergleichbar. Das Projekt Zündstoff gäbe es schon längere Zeit. Es werde unter anderem über ein früheres Projektförderprogramm des Landesjugendamtes finanziert. Das Förderprogramm beziehe sich nur auf die damaligen Pilotprojekte und ist daher für Bildung<sup>3</sup> nicht zugänglich. Trotz geringerer kalkulierter Betriebskosten ergebe sich für Bildung<sup>3</sup> so ein rechnerisch höherer kommunaler Zuschussbedarf.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wünsche sich, dass Bildung<sup>3</sup> weiterhin im Kontext der Maßnahmen gegen Schulabsentismus als bewährter lokaler Träger eng eingebunden werde.

Frau Bours-Krey, Prokuristin bei Bildung<sup>3</sup> und auch tätig im Projekt ZAG, unterstrich, dass Schulabsentismus ein wichtiges und drängendes Thema sei. Wichtig sei die frühzeitige Intervention. Bildung<sup>3</sup> habe viel Erfahrung im Bereich der schulischen und beruflichen Motivation. Es bestünden bereits enge Kooperationen im Arbeitsfeld und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt. Gemeinsam mit der Stadt werde zurzeit an einem zukunftsfähigen Konzept für den Bereich Schulabsentismus gearbeitet. In das Konzept sollten die erfolgreichen Arbeitsansätze von ZAG miteinfließen.

Rm/Kittel, CDU, begrüßte die Möglichkeit ein Projekt über Bildung<sup>3</sup> zu installieren.

Herr Schatte von der Verwaltung erläuterte, dass ausgehend von dem Wunsch der Schulleitungen in 2018 ein vielschichtiges Maßnahmenpaket im Bereich Schulabsentismus auf den Weg gebracht worden sei. Im Januar 2019 wurde der Arbeitskreis Schulabsentismus gegründet, in dem auch alle weiterführenden Schulen in Hilden vertreten seien. Hier wurde ein gemeinsames Rahmenkonzept für den Umgang mit Schulabsentismus erarbeitet. Es wurde ein Unterstützungsbedarf für Lehrkräfte deutlich. Im Juni 2019 wurde daher eine multiprofessionelle Clearingrunde auf dem Campus Holterhöfchen eingerichtet, in der Lehrkräfte multiprofessionell in anonymisierter Form bei schwierigen Einzelfällen beraten werden. Um auch für Eltern mit ihren Kindern Wege bei der Unterstützung zu verkürzen, wurde gemeinsam mit der Ambulanz der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hilden das Beratungsangebot RESTART -back to school gestartet. In der Beratungspraxis zeigte sich, dass die Begleitung von Familien, Kindern und Jugendlichen bei den Übergängen wichtig sei. Hierfür wurde im Oktober 2021 zusätzlich CampusTalk von der Stadt und Bildung<sup>3</sup> entwickelt.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betonte die fachliche Nähe und Erfahrung von Bildung<sup>3</sup> zu dem Thema Schulabsentismus. Erforderlich für erfolgreiche Arbeit seien in diesem Arbeitsfeld geringe Zugangsschwellen, insbesondere auch zu Eltern, für die es zum Teil eine große Überwindung darstelle, Hilfe anzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Informationen zu einem außerschulischen Lernort zu Reintegration schulverdrossener Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis.

---

6 Bericht des Trägers B<sup>3</sup> zum Projekt ZAG- Zukunft aktiv gestalten WP 20-25 SV 51/126

Frau Baus-Krey stellte ZAG kurz vor und berichtete aus der Praxis anhand von Beispielen. ZAG heißt: „Zukunft aktiv gestalten“ und ist ein Projekt der gemeinnützigen GmbH Bildung<sup>3</sup>. Das Ziel sei, individuelle Schwierigkeiten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren aufzuarbeiten und den Übergang von Schule in den Beruf zu begleiten. Dies stellt eine umfassende Unterstützung über einen längeren Zeitraum dar, gemeinsam zum jeweiligen Themenbereich den Schüler die Schülerin zu begleiten. Netzwerkübergreifend arbeitete ZAG mit der Bundesagentur für Arbeit bzw. den jeweiligen Beratungsstellen. Bis Ende des Jahres 2022 werde die Zusammenarbeit mit der Stadt Hilden laufen.

Herr Brakemeier von der Verwaltung betonte noch einmal das Erfolgsprojekt und wünsche sich eine Weiterführung. Die Verwaltung werde ein Konzept erarbeiten, ggf. Drittmittel akquirieren, um diese Projekte möglich zu machen. Selbstverständlich könne über die Frage nachgedacht werden, Zündstoff mit zu integrieren und ggf. in ein solches Projekt einzuarbeiten.

Rm/Kittel, CDU, begrüßte diese Vorhaben, wünschte sich aber, dass der Tagesordnungspunkt 5 Schulabsentismus mit einbezogen werde und sich im Konzept wiederfände.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schule und Sport und der Jugendhilfeausschuss nehmen den Bericht des Trägers B<sup>3</sup> zur Kenntnis.

Der Schul- und Sportausschuss sowie der Jugendhilfeausschuss beauftragen die Verwaltung bis spätestens zum III. Quartal des Jahres 2022 ein Rahmenkonzept zum Anschluss/Fortführung des Projektes ZAG zu erarbeiten und den Gremien im Anschluss zur Entscheidung vorzustellen.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Sitzungsvorlage wurde vertagt.

Rm/ Schimang, CDU, wünschte sich einen Termin für eine Informationsveranstaltung, um auf Änderungen näher eingehen zu können. Die Synopse sei sehr hilfreich. Jedoch beanstandete Herr Schimang, dass sich die zweite Anlage nur auf den Referenzentwurf beziehe.

Herr Schatte/Verwaltung erklärte, die Zusammenfassung sei die mit Abstand kompakteste Abschrift und entspreche der zur Verfügung gestellten Ausgabe.

Rm/Geißler, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wollte wissen, wie das Gesetz auf kommunaler Ebene unterbrochen werde.

Herr Vorsitzender Wannhof erklärte, dieses Bundesgesetz sei das Arbeitswerkzeug eines jeden örtlichen Jugendamtes.

Frau Voß/Verwaltung bot Frau Geißler an, in einem näheren Austausch die Umsetzung im Arbeitsalltag noch einmal konkret zu erläutern. Der Ausschuss werde immer über entsprechende Auswirkungen informiert.

Auf eine Nachfrage von Frau Geißler, inwieweit novelliere jede Kommune dies für sich, oder gäbe es Kreisanstrengungen, die der Rede wert seien, erklärte Herr Vorsitzende Wannhof, dass das Jugendamt eine Organisationseinheit innerhalb der Kommunalverwaltung sei und nur gegenüber dem Jugendhilfeausschuss verantwortlich sei.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Informationen zur SGB VIII - Reform (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz) zur Kenntnis.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den HzE-Report und Controllingbericht zur Kenntnis.

Herr Dezernent Eichner erklärte sein Organisationsprozess des Dezernats III.

Er erläuterte die Säulenstruktur und den Aufbau. Sein Umorganisationsprozess begründet Herr Eichner mit Beispielen wie z.B. altersbedingte Abgänge auf Führungsebene, Haushaltskonsolidierung, Digitalisierung (Homeoffice, flexiblere Arbeitswelt), damit verbundenen Raumressourcen und Besetzung von Stellen.

Rm/Kittel, CDU, teilte der Versammlung mit, dass das Organigramm weitere Fragen aufgeworfen habe. Herr Dezernent Eichner erklärte im Anschluss.

1. Wo fände sich der Sport wieder?

Antwort: Die Ausgliederung soll in die Sportbetriebsgesellschaft erfolgen.

2. Der Kinderschutz würde sich wahrscheinlich unter Soziale Dienste wiederfinden, obgleich dies nicht gesondert aufgeführt sei?

Antwort: Ja, der Kinderschutz sei in den Sozialen Diensten verortet und wurde nie gesondert dargestellt und werde auch weiterhin dort untergeordnet sein.

3. Um Änderungen nachzuvollziehen, wünsche man sich eine Gegendarstellung zum alten Organigramm.

Antwort: Die derzeitige Dezernatsverteilung ist als Anlage als Organigramm hinzugefügt.

4. Änderungen seien immer mit Kosten verbunden, welche seien zu erwarten?

Antwort: Vorgabe sei, die eingestellten Haushaltsmittel sollen nicht überstiegen werden.

5. Wie werde dieser Umstrukturierungsprozess für die Mitarbeiter begleitet?

Antwort: Man werde in Workshops gehen und die Mitarbeitenden sehr intensiv einbeziehen.

6. Werde es eine Vorstellung auch noch im Hauptausschuss geben?

Antwort: Wenn alle Bereiche zur neuen Darstellung erarbeitet seien, werde man diesen vorstellen.

Herr Vorsitzender Wannhof begrüßte die vorrangige Vorstellung im JHA, da er ein sondergesetzlicher Ausschuss sei mit klarer Regulierung in seinen Befugnissen und diese auch kein anderes Gremium wahrnehmen könne.

Frau Voß/Verwaltung ergänzte, begleitend war die Orga und der Personalrat eingebunden. Die Organisationsabteilung werde zeitnah einladen und in Workshops sollen gemeinsam Aufgabenzuschnitte der Mitarbeiter erarbeitet werden.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wünschte sich eine Beantwortung, auf welchen Ebenen und welches Personal eingespart werden solle.

Frau Voß/Verwaltung erklärte hier, dass nicht Sinn und Zweck war, Personal einzusparen, es ginge um Funktionalität der verschiedenen Säulen und ggf. Prozesse zu optimieren. Frau Funke aus der Verwaltung ergänzte, in den Säulen Verwaltungsexperten zu platzieren und diese Prozesse gebündelt für andere Bereiche zu nutzen.

Abschließend erläuterte Herr Dezernent Eichner die Tragfähigkeit der neuen Säulen und die Effektivität der Arbeitsbereiche.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht zum Organisationsprozess innerhalb des Dezernates III für Soziales, Jugend, Kultur zur Kenntnis.

---

11 Antrag der CDU Fraktion im Jugendhilfeausschuss am 10.12.2021 WP 20-25 SV 51/118  
bezüglich PCR Pooltestung in Kindertagesstätten

---

Rm/Kittel, CDU, teilte der Versammlung mit, dass der Auftrag erfüllt sei. Die Ausarbeitung sei eine gute Arbeitsgrundlage.

**Antragstext:**

Die CDU Fraktion beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeiten einer PCR Pooltestung in Kindertagesstätten zu eruieren. Dazu soll die Verwaltung umgehend Kontakt zur Stadt Düsseldorf aufnehmen, wo bereits eine Pooltestung in Kitas umgesetzt werden soll.

Vor diesem Hintergrund möge die Verwaltung Kenntnis erlangen über:

a) Welche Voraussetzungen sind zur Durchführung der PCR Pooltestung in der KiTa erforderlich?

- b) Wer führt die Testung praktisch durch?
- c) Gibt es eine Altersbeschränkung der Kinder?
- d) Wie hoch sind die anfallenden Kosten pro Gruppe sowie die Gesamtkosten?
- d) Wie gestaltet sich derzeit die Testung in Hildener Kindergärten?

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist erfüllt.

---

## 12 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

---

### Teil 1.

Im Auftrag des Jugendparlamentes und in Vertretung für Illias Kenssi teilte Yanis Kenssi folgendes mit:

„Der Ausschuss werde zur Baumaktion am 12.03.2022 um 11:00 Uhr zum alten Markt eingeladen. Das Jugendparlament möchte mit Plakaten in verschiedenen Ausführungen und an verschiedenen Standorten die Bürgerinnen und Bürger darauf aufmerksam machen, wie wichtig der Baumbestand sei.“

### Teil 2.

Auf Nachfrage von Herrn Siedentop/BÜRGERAKTION, was mit den Kindern aus den Kriegsgebieten der Ukraine angedacht sei, antwortete Frau Voß/Verwaltung wie folgt: " Die Stadtverwaltung konnte schnell Räumlichkeiten finden und werde diese zur Verfügung stellen. Kleidung, für jedes Kind ein Kuscheltier sowie jegliche Erstausrüstung, wurden beschafft. Personell sei man gut aufgestellt. Es stehe eine psychologische Betreuung zur Verfügung. Ebenso sei der Allg. Soziale Dienst vorbereitet, ggf. eine Inobhutnahme unbegleiteter Minderjährige vorzunehmen. Es werde eine ärztliche Untersuchung stattfinden sowie Corona Testungen. Ebenso werde es einen gezielten Spendenaufruf geben.“

---

## 13 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

Rm/ Bauer, SPD, hatte folgende Anfrage. Im letzten JHA wurde intensiv über das AREA 51 gesprochen. Die SPD Fraktion möchte gerne wissen, wie der zeitliche Ablauf geplant sei, bezüglich Gesprächen aller Beteiligten.

Herr Dezernent Eichner erklärte, in der nächsten Woche hoffe man einen Anbieter präsentieren zu können.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wollte wissen, ob man schon beschlossen habe, dass das AREA 51 aufgegeben werden soll.

Herr Vorsitzender Wannhof erklärte, dass man in einen Beratungsprozess einsteigen werde. Für diese Beratung habe man einen professionellen Berater gesucht.

Rm/ Gronemeyer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erwähnte, dass sie noch auf das Konzept der Stadt zur Jugendarbeit im AREA 51 warte.

Herr Brakemeier/ Verwaltung erklärte, nach seinem Stand sollte ein „Runder Tisch“ einberufen werden, um mit allen Beteiligten sowie Politik zu klären, wie es weitergehen solle.

Dem Wunsch sei man nachgegangen, dies extern begleiten zu lassen und nicht aus eigener Hand zu entscheiden. Man hoffe, bis Mitte des Jahres ein Ergebnis zu haben und daraus ein Konzept zu erarbeiten.

Jugendamtselfternbeirat Herr Hirsch-Herda reichte zwei Anträge ein, die er verlas.  
Vorsitzender Wannhof, bat den JAEB den Antrag plus Begründung schriftlich der Verwaltung und den Fraktionen einzureichen.

Dezernent Eichner erklärte, nach Prüfung des Antragsrechts werde man in Bearbeitung gehen.

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Carsten Wannhof / 28.03.2022  
Vorsitzender

Andrea Märtens / 15.03.2022  
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / 22.03.2022  
Bürgermeister

Sönke Eichner / 17.03.2022  
Beigeordneter